



ZENTRALAUSSCHUSS beim Bundesministerium für Justiz

für die Beamtinnen und Beamten des Allgemeinen Verwaltungsdienstes und die Vertragsbediensteten
der Planstellenbereiche Justizbehörden in den Ländern und Zentralleitung

Wien, am 06. September 2016

An das
Bundesministerium für Justiz
Museumstraße 7
1070 Wien

Betrifft: Stellungnahme zum Bundesgesetz, mit dem das Rechtspflegergesetz
geändert wird

Bezug: VA-Zahl 17.656/2016

Die Bundesvertretung Justiz i.d. GÖD stimmt den beabsichtigten Änderungen im Entwurf zum Bundesgesetz, mit dem das Rechtspflegergesetz geändert wird, zu.

Wir sehen diesen Entwurf als ersten Schritt auch in Zukunft Bestimmungen des Allgemeinen Teils des Rechtspflegergesetzes zu modernisieren und der geübten Praxis anzupassen.

(ADir Hofrat Gerhard Scheucher)
Vorsitzender